

Antrag auf

Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis
Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis
Erteilung einer Blauen Karte EU
Verlängerung einer Blauen Karte EU
Erteilung/Verlängerung einer Aufenthaltskarte (Freizügigkeitsgesetz/EU)
Erteilung einer Daueraufenthaltskarte (Freizügigkeitsgesetz/EU)



Aufenthaltszweck

Familiennachzug
Humanitäre Gründe
sonstige

Studium / Ausbildung
Erwerbstätigkeit

1. Antragsteller - Persönliche Angaben

Familienname	Vorname			
Geburtsname	Geschlecht	männlich	weiblich divers	
Geburtsdatum . . .	Geburtsort			
Staatsangehörigkeit/en	Augenfarbe	Körpergröße		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort)				
Familienstand	verheiratet / eingetragene Lebenspartnerschaft ledig geschieden			verwitwet getrennt lebend seit
Datum der Ersteinreise in die Bundesrepublik Deutschland . . .				
Ersteinreise erfolgte	ohne Visum mit Schengener Visum (Typ C)	mit nationalem Visum (Typ D) mit einem gültigen Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaates		

2. Ehegatte / eingetragener Lebenspartner nach LPartG

Familienname	Vorname		
Geburtsname	Geschlecht	männlich	weiblich divers
Geburtsdatum . . .	Geburtsort		
Staatsangehörigkeit/en			
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort)			
Aufenthaltsrechtlicher Status	Aufenthaltserlaubnis Niederlassungserlaubnis/ Daueraufenthalt EU Aufenthaltskarte / Daueraufenthaltskarte laufendes Asylverfahren Duldung	gültig bis gültig bis seit gültig bis	Rechtsgrundlage §

3. Beabsichtigte Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet

4. Kinder

Name	Vorname	Geburtsdatum	Wohnort	Staatsangehörigkeit
------	---------	--------------	---------	---------------------

5. Straffreiheit / Rechtsverstöße

Wurden Sie wegen Rechtsverstößen verurteilt?

nein	ja	in der Bundesrepublik Deutschland	im Ausland
------	----	-----------------------------------	------------

Grund	Art und Höhe der Strafe
-------	-------------------------

Wird gegen Sie wegen des Verdachts einer Straftat aktuell ermittelt?

nein	ja	in der Bundesrepublik Deutschland	im Ausland
------	----	-----------------------------------	------------

Grund	Ermittelnde Behörde
-------	---------------------

6. Sicherung des Lebensunterhalts

Aus welchen Mitteln sichern Sie Ihren Lebensunterhalt?

Ich beziehe öffentliche Leistungen gemäß

SGB II	SGB XII	AsylbLG	Wohngeld	KEINE
--------	---------	---------	----------	-------

Ich befinde mich in schulischer / beruflicher Ausbildung

Grundschule	Oberschule / Gymnasium	berufliche Ausbildung als / zum
-------------	------------------------	---------------------------------

7. Kenntnisse der deutschen Sprache

Welches Sprachkursniveau erfüllen Sie?

A1	A2	B1	B2	C1	C2
----	----	----	----	----	----

Art des Schulabschlusses

Art des Studienabschlusses

Haben Sie den Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen?

ja	nein
----	------

8. Leiden Sie an Krankheiten?

ja, Bezeichnung der Krankheit

nein

9. Freiwillige Angabe der Kontaktdaten für Rückfragen oder Benachrichtigungen

Telefon

Email

Möglichkeit für sonstige Angaben:

Ich versichere, dass ich alle Angaben vollständig, wahrheitsgemäß und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Ich bin verpflichtet, alle Änderungen meiner persönlichen Verhältnisse und Umstände der Ausländerbehörde mitzuteilen. Dies umfasst auch die Passdaten.

Wichtige Hinweise gemäß §§ 53, 54 und § 82 sowie § 95 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)

Gemäß § 54 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG wiegt das Ausweisungsinteresse im Sinne von § 53 Abs. 1 schwer, wenn der Ausländer in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staats durchgeführt wurde, im In- oder Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Flughafentransitvisums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung gemacht hat oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörden mitgewirkt hat, soweit der Ausländer zuvor auf die Rechtsfolgen solcher Handlungen hingewiesen wurde.

Gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen oder das Erlöschen oder die nachträgliche Beschränkung des Aufenthaltstitels oder der Duldung abzuwenden oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht.

Gemäß § 82 Abs. 1 AufenthG ist der Ausländer verpflichtet, seine Belange und für ihn günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen und Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise, die er erbringen kann, unverzüglich beizubringen. Die Ausländerbehörde kann ihm dafür eine angemessene Frist setzen. Sie setzt ihm eine solche Frist, wenn sie die Bearbeitung eines Antrags auf Erteilung eines Aufenthaltstitels wegen fehlender oder unvollständiger Angaben aussetzt, und benennt dabei die nachzuholenden Angaben. Nach Ablauf der Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.

DATENSCHUTZ

In Bezug auf die Erhebung von personenbezogenen Daten wird auf die Information des Landkreises Oberhavel zu Art. 16 der EU-Datenschutz-Grundverordnung, die auf der Homepage des Landkreises Oberhavel unter <https://www.oberhavel.de/Bürgerservice/Migration-Integration-und-Asyl/Ausländerrecht/> hinterlegt ist, hingewiesen. Auf Anforderung kann Ihnen diese Information auch zusätzlich in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

Sofern Sie den Antrag elektronisch übersenden wollen, können Sie diesen und notwendige Anlagen verschlüsselt über <https://cryptshare.oberhavel.de> übermitteln.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich genannte Hinweise gelesen, verstanden und zur Kenntnis genommen habe. Ich bin mir zudem bewusst, dass mit Einreichung dieses Antrages Bearbeitungsgebühren gemäß der Aufenthaltsverordnung für die Bearbeitung meines Antrages erhoben werden können.

Datum und Unterschrift